

BERLIN – INTERN

DER INFOBRIEF

Landesgruppe Brandenburg
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder:

Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Dietlind Tiemann, MdB

Nr. 14 / 2019 (12. April 2019)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Vorsitzenden
2. Der Meisterbrief - Novellierung der Handwerksordnung
3. #Starker Staat - Sicherer leben zu Hause
4. Wirtschaftliche und finanzielle Ziele - Nationales Reformprogramm 2019
5. Berufsbildungsbericht 2019
6. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

der Grundsatz, Wohnraum entsteht durch Bauen und nicht durch Enteignungen, gilt heute immer noch. Seit einigen Jahren ist ein starker Zuzug in die Ballungsgebiete zu verzeichnen. Städte wie Hamburg, Frankfurt, München, Leipzig, Berlin und viele andere Großstädte wachsen kräftig. Aber auch im ländlichen Raum sind bezahlbare Häuser und Wohnungen ein großes Thema. Deutschlands Bevölkerung wächst. Wohnungen werden knapp, die Mieten steigen.

Und auch den Grünen samt ihrem selbsternannten Robin Hood (Robert Habeck) müssen wir entgegen, dass man Wohnraum nicht durch Enteignungen schafft. Durch Enteignungen entsteht nicht eine Mietwohnung zusätzlich, sondern im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt. Wir in der Union kennen den richtigen Ansatz: Bauen, bauen, bauen. Wir gründen unsere Baupolitik auf 4 Säulen: mehr Bauland, effizienter und schneller zu bauen, genügend Finanzmittel für Bauvorhaben und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die eine Bautätigkeit verhindern. In diesem Sinne hat die Projektgruppe Wohnen unter Leitung von MdB Ulrich Lange und intensiver Mitarbeit vieler Abgeordneter zahlreiche Ideen entwickelt, die wir Ihnen in den kommenden Wochen nach und nach vorstellen werden.

Bauland werden wir nur gewinnen, wenn auch die Länder und Kommunen mitwirken. Ein Musterbeispiel ist das Land Berlin. Wenn man das Tempelhofer Feld mit rund 300 ha mitten in der Stadt brach liegen lässt, muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen mangels Wohnraum auf die Straße gehen. Geradezu absurd wird die Diskussion über mögliche

Enteignungen von Wohnungen in Berlin dann, wenn wir uns vor Augen führen, dass gerade diese Wohnungen vor wenigen Jahren vom Land Berlin verkauft (!) wurden. An verantwortlicher Stelle damals die Herren Klaus Wowereit, Tilo Sarrazin und man höre und staune Gregor Gysi. Die Forderung von Enteignungen seitens der Linken dürfte allerdings nur denjenigen verwundern, der sich nie mit dem Kommunismus beschäftigt hat.

Die 27 in der EU verbleibenden Staaten und Großbritannien haben sich darauf geeinigt, die Frist für den Brexit auf den 31. Oktober zu verschieben. Unsere Bundeskanzlerin Merkel sprach von einem intensiven Abend, der die Einigkeit der EU gezeigt habe. Es ist unser Grundanliegen, einen harten Brexit zu vermeiden und einen regelbasierten Austritt des Vereinigten Königreichs zu realisieren. Allerdings gehören zu einer Vereinbarung immer zwei Seiten und wir warten weiterhin auf belastbare Vorschläge von britischer Seite.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Der Meisterbrief - Novellierung der Handwerksordnung

Die Koalitionsarbeitsgruppe „Meisterbrief“ hat sich auf Eckpunkte für eine Novellierung der Handwerksordnung verständigt, mit denen die Koalitionsfraktionen eine Stärkung des Meisterbriefes anstreben.

Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit, Innovationskraft und hochwertige berufliche Aus- und Weiterbildung liefert. Wir haben deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart, zu prüfen, wie wir den Meisterbrief für einzelne Berufsbilder EU-konform einführen können. Unsere Ziele der Wiedereinführung der Meisterpflicht im Rahmen der europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben sind:

- die Verbesserung der Leistungsfähigkeit, einschließlich nachhaltiger und wettbewerbsfähiger betrieblicher Strukturen im Handwerk,
- die Gewährleistung der Ausbildungsqualität, -leistung und -fähigkeit der Betriebe im Interesse der Fachkräftegewinnung und -sicherung,
- die Sicherung der Innovationsfähigkeit und der Weiterbildungsmöglichkeiten sowie
- die Qualitätssicherung und der Verbraucherschutz.

Ziel ist auch, das Handwerk im Sinne der Integration ausländischer Fachkräfte insgesamt zu stärken.

Neue Gutachten im Auftrag des Zentralverbands des Deutschen Handwerks liefern eine Reihe von Argumenten für die Wiedereinführung der Meisterpflicht. Auch im federführenden Bundeswirtschaftsministerium sieht man Möglichkeiten, im verfassungs- und europarechtlich vorgegebenen Rahmen die Meisterpflicht wieder auszudehnen. Wir bitten deshalb das Bundeswirtschaftsministerium, umgehend ein Konsultationsverfahren aufzusetzen, um auszuloten, welche Gewerke rechtssicher wieder in die Meisterpflicht überführt werden können. Dabei wird das Kriterium der Gefahrgeneignetheit und des Schutzes von Leben und Gesundheit eine entscheidende Rolle spielen. Es sollen jedoch alle relevanten rechtlichen und ökonomischen Aspekte der Meisterpflicht in der Konsultation Berücksichtigung finden. Sowohl aktuelle wissenschaftliche Analysen als auch, soweit verfügbar, Daten und Statistiken aus den einzelnen Gewerken sollen zu Rate gezogen werden. Dabei

soll auf Daten zur Strukturänderung (z.B. Veränderung der Betriebsgröße, der Zahl der Betriebe, der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und der Zahl der Auszubildenden) der letzten Jahre zurückgegriffen werden. Auch Veränderungen im Weiterbildungs- und Qualifikationsniveau der Unternehmerinnen und Unternehmer sollen mit einbezogen werden. Alle Gewerke, die mit der Reform 2003 in die Zulassungsfreiheit überführt worden sind, sowie die Sozialpartner sollen vom Bundeswirtschaftsministerium Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Da die in den Gewerken tätigen Beschäftigten das Gefahrenpotenzial für Dritte aus dem beruflichen Alltag kennen, sind diese Informationen abzufragen und auszuwerten. Diesbezüglich sollen auch vorhandene Daten der Berufsgenossenschaften berücksichtigt werden, soweit datenrechtlich möglich. Die bei der Auswahl der Gewerke angewandten Kriterien wie insbesondere die Gefahrgeneigtheit sind transparent darzustellen und verbindlich anzuwenden.

Auf Basis der Konsultationsergebnisse soll in der Sommerpause ein Gesetzentwurf erarbeitet werden, der im Herbst 2019 im Deutschen Bundestag beraten werden kann. Wir möchten, dass das Gesetz zum 1.1.2020 in Kraft treten kann. Bei der Rückführung von Gewerken in die Meisterpflicht werden wir sicherstellen, dass bestehende Betriebe in diesen Gewerken, die nicht über einen Meisterbrief verfügen, dauerhaft Bestandsschutz genießen.

3. #Starker Staat - Sicherer leben zu Hause

Einbrüche sind kein Kavaliersdelikt. Sie traumatisieren die Opfer und hinterlassen milliardenschwere Schäden. Deshalb haben CDU und CSU 2017 durchgesetzt, dass die Möglichkeiten der Polizei zur Aufklärung erweitert und Einbrüche härter bestraft werden. Der Erfolg ist sichtbar: Die Zahl der Einbrüche ist deutlich gesunken.

Nur wenn wir sicher sind, können wir auch frei und selbstbewusst leben. Wer unsere Sicherheit bedroht, muss die Härte des Rechtsstaates spüren. Einbruch wurde lange Zeit verharmlost – vor allem von der politischen Linken: Sachschäden wurden bagatellisiert, Täter zu Opfern ihrer Umstände gemacht, psychische Belastungen und Krankheiten der Einbruch-Opfer wenig beachtet.

Mehr Ermittlungsbefugnisse

2017 haben wir in der Bundesregierung gegen Widerstände mehr Ermittlungsbefugnisse für Polizisten und härtere Strafen für Täter durchgesetzt. Einbrecher werden effektiver verfolgt. Das heißt: Die Polizei hat heute zusätzliche Möglichkeiten. Sie darf zur Fahndung nach Einbrechern auch Telefon- und Internetdaten auswerten. Das erhöht die Chancen auf Aufklärung erheblich. So können Einbrecherbanden leichter gefasst, Täter zur Rechenschaft gezogen und künftige Taten verhindert werden.

Härtere Strafen für Täter

Wohnungseinbruch ist seither auch formal ein Verbrechen. Das heißt: Einbrecher werden härter als zuvor bestraft. Die Mindeststrafe liegt bei einem Jahr Haft. Das bedeutet, dass Verfahren nicht mehr wegen Geringfügigkeit eingestellt werden können. Gefasste Täter landen immer in Haft. Die Kriminalstatistik zeigt, dass die Zahl der Einbrüche 2018 um mehr als ein Siebtel zurückgegangen ist. Härtere Strafen wirken abschreckend.

Hilfen zur Vorbeugung

Wir unterstützen Bürger beim Kampf gegen Einbrecher. Eigentümer und Mieter unterstützen wir dabei, Türen und Fenster besser zu sichern. Das erfolgreiche Programm „Kriminalprävention durch Einbruchssicherung“ der KfW wurde dafür um 15 Millionen Euro auf 65 Millionen Euro aufgestockt. Mit Erfolg: Über 40 Prozent aller Einbrüche scheitern bereits beim Versuch.

CDU und CSU arbeiten weiter mit aller Kraft dafür, dass die Groko die konkreten Probleme der Menschen löst und Deutschland fit macht für die Zukunft.

4. Wirtschaftliche und finanzielle Ziele - Nationales Reformprogramm 2019

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche das Nationale Reformprogramm 2019 (NRP) beschlossen. In ihm beschreibt die Bundesregierung die Maßnahmen, mit denen sie die wirtschaftlichen und finanziellen Ziele umsetzen will, die auf europäischer Ebene vereinbart worden sind.

Wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten erstellt die Bundesregierung das Nationale Reformprogramm. Es bildet die Grundlage, auf der die EU-Kommission im weiteren Verlauf die länderspezifischen Empfehlungen erstellt.

Mit der **Strategie Europa 2020** legt die Europäische Union eine Richtung fest für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung in diesem Jahrzehnt. Damit setzt sie auf intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum als Mittel zur Überwindung struktureller Schwächen der europäischen Wirtschaft, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität und zur Stärkung einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft.

Im jetzt verabschiedeten Reformprogramm legt die Bundesregierung im Rahmen des Europäischen Semesters dar, mit welchen nationalen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen sie die auf europäischer Ebene im Vorjahr vereinbarten Ziele umsetzt.

Beim **Europäischen Semester** handelt es sich um einen mit dem Jahresbeginn einsetzenden Sechsmonatszyklus, in dem die Koordinierungsprozesse des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der Strategie Europa 2020 aufeinander abgestimmt werden und die Mitgliedstaaten im Vorfeld ihrer nationalen Haushaltsverfahren politische Leitlinien und Empfehlungen erhalten.

Deutschland ergreift Maßnahmen zur Stärkung von Innovationen und Investitionen, insbesondere in Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung: So werden zum Beispiel die öffentlichen Investitionen auf regionaler und kommunaler Ebene erhöht. Darüber hinaus werden Anreize für höhere Erwerbstätigkeit geschaffen, beispielsweise durch Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Gering- und Zweitverdiener.

Die Bundesregierung will die Sozialabgaben bei unter 40 Prozent stabilisieren. Gegenüber dem Vorjahr wurden bei den Europa-2020-Kernzielen fast überall erhebliche Fortschritte gemacht, zum Beispiel bei der Energieeffizienz oder der Erhöhung der Erwerbstätigenquoten, insbesondere von Älteren und Frauen, dennoch sind weitere Anstrengungen notwendig.

5. Berufsbildungsbericht 2019

Mehr Ausbildungsplätze, mehr Interessenten, mehr Ausbildungsverträge - das sind die Ergebnisse des Berufsbildungsberichts 2019, den das Kabinett nun verabschiedet hat.

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich für Jugendliche weiter verbessert: Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind weiter gestiegen - Unternehmen boten zuletzt noch mehr Ausbildungsstellen an. Gleichzeitig werden die jungen Leute immer häufiger nach erfolgreicher Ausbildung von ihrem Betrieb übernommen. Laut Berufsbildungsbericht stieg die Übernahmequote von 68 auf 74 Prozent.

Erneut mehr Ausbildungsverträge

Insgesamt haben die Unternehmen mehr Ausbildungsstellen angeboten als im Jahr zuvor. So standen zum 30. September 2018 insgesamt 589.100 Ausbildungsstellen bereit und damit 16.800 mehr als im Vorjahr. Erfolgreich abgeschlossen wurden 531.400 Ausbildungsverträge. Das entspricht einem deutlichen Plus von 8.100 Verträgen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage entwickelte sich weiter zugunsten junger Menschen: 100 Bewerberinnen und Bewerber stehen 106 Ausbildungsplätzen gegenüber. Ein Jahr zuvor waren es rechnerisch noch 104,6.

Bessere Chancen trotz höherer Nachfrage

Die erhöhten Chancen für Jugendliche sind umso bemerkenswerter, als 2018 das zweite Jahr in Folge auch die Nachfrage nach Ausbildungsstellen weiter anstieg. Ein Grund ist, dass sich verstärkt junge Leute mit Fluchthintergrund bewerben. Ihre Zahl vergrößerte sich deutlich und lag bei 38.300.

Unterschiede je nach Region und Branche

Der Berufsbildungsbericht macht neben den Erfolgen auch die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt deutlich. So gelingt es nicht immer, freie Stellen und Bewerber zusammenzubringen. Ende September 2018 waren noch 57.700 Ausbildungsplätze unbesetzt. Zugleich blieben 24.500 Jugendliche ohne Ausbildungsstelle.

Umso wichtiger ist es, bei der Wahl des Berufes und des Ausbildungsortes flexibel zu sein. So gibt es in einigen Regionen im Norden und Nordosten Deutschlands sowie im Ruhrgebiet sogenannte Passungsprobleme. Im Süden Bayerns und im Münster- sowie Emsland dagegen stimmen Angebot und Nachfrage besser überein. Auch auf die Branche kommt es an: Vergleichsweise schwierig zu besetzen sind Ausbildungsplätze im Lebensmittelhandwerk, in der Gastronomie sowie im Reinigungsgewerbe. Hingegen sind Berufe im Mediensektor und im kaufmännischen Bereich sehr begehrt.

Bundesregierung fördert Berufsorientierung

Für die Bundesregierung ist es von besonderer Bedeutung, Jugendliche über eine Berufsberatung und –orientierung frühzeitig über ihre Chancen und die Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu informieren. Darunter fallen sogenannte Potenzialanalysen und Werkstatttage in den Schulen. Diese bieten den Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Interessen und Talente zu erkunden und auch weniger bekannte Berufe kennenzulernen. Derzeit wird die Berufsberatung insbesondere an Gymnasien verstärkt.

Ausbildungsabbrüche verhindern

Wer eine Ausbildung beginnt, soll diese möglichst auch abschließen. Deshalb unterstützt die Bundesregierung Auszubildende mit der "Assistierte Ausbildung" sowie mit "ausbildungsbegleitenden Hilfen". Hierbei werden die Jugendlichen innerhalb der Ausbildung individuell unterstützt und sozialpädagogisch begleitet.

Für Auszubildende, deren Abschluss gefährdet ist, hat die Bundesregierung zudem das Programm "Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen" ins Leben gerufen.

Die Bundesregierung hat sich für die kommenden Jahre das Ziel gesetzt, die berufliche Bildung zu modernisieren und attraktiver zu machen – vor allem auch für Leistungsstärkere. Grundsätzlich ist die berufliche Bildung gleichwertig zum akademischen Bildungsweg. Das Ausbildungssystem Deutschlands ist auch international hoch angesehen. Kennzeichen sind die niedrige Jugendarbeitslosigkeit, die hohe Qualität der Ausbildung sowie die hohen Übernahmequoten.

6. Kurz notiert

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im März 2019 um 1,3 % höher als im März 2018. Damit schwächte sich die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) – ab, im Februar 2019 hatte sie bei +1,5 % gelegen. Im Vergleich zum Vormonat Februar 2019 stieg der Verbraucherpreisindex im März 2019 um 0,4 %.

Verbraucherpreisindex, März 2019

- +1,3 % zum Vorjahresmonat (vorläufiges Ergebnis bestätigt)
- +0,4 % zum Vormonat (vorläufiges Ergebnis bestätigt)

Harmonisierter Verbraucherpreisindex, März 2019

- +1,4 % zum Vorjahresmonat (vorläufiges Ergebnis bestätigt)
- +0,5 % zum Vormonat (vorläufiges Ergebnis bestätigt)

Im März 2019 verteuerten sich Energieprodukte gegenüber März 2018 um 4,2 % und wirkten damit erhöhend auf die Gesamtteuerung. In den beiden Vormonaten waren die Teuerungsraten für Energie noch deutlich niedriger (Februar 2019: +2,9 %; Januar 2019: +2,3 %). Von März 2018 bis März 2019 stiegen vor allem die Preise für leichtes Heizöl (+13,5 %) und Fernwärme (+5,0 %). Deutlich teurer als ein Jahr zuvor waren auch Kraftstoffe (+3,7 %), Strom (+2,9 %) und Erdgas (+2,7 %). Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die Inflationsrate im März 2019 bei +1,1 % gelegen.

Nahrungsmittel waren im März 2019 um 0,7 % teurer als im Vorjahresmonat. Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln hat sich damit erneut abgeschwächt, im Februar 2019 hatte die Teuerungsraten hierfür bei +1,4 % gelegen. Auffällig teurer als ein Jahr zuvor war im März 2019 Gemüse (+8,0 %, darunter Kartoffeln: +35,6 %). Dieser Preisanstieg wurde jedoch durch den starken Preisrückgang bei Obst (-7,1 %, darunter Äpfel: -20,9 %) fast ausgeglichen. Weitere Preiserhöhungen binnen Jahresfrist gab es unter anderem bei Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchten (+2,6 %) sowie Brot und Getreideerzeugnissen (+2,3 %), Preisrückgänge hingegen auch bei Molkereiprodukten und Eiern (-1,8 %).

Gemessen an der Gesamtteuerung stiegen die Preise für Waren insgesamt von März 2018 bis März 2019 mit +1,6 % überdurchschnittlich, bestimmt durch die Preisanstiege bei Energieprodukten (+4,2 %). Auch andere Waren verteuerten sich binnen Jahresfrist deutlich, zum Beispiel Tabakwaren (+4,4 %), Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren (+3,3 %, darunter Zeitungen und Zeitschriften: +4,8 %) sowie Fahrzeuge (+2,5 %, darunter neue Personenkraftwagen: +3,0 %). Günstiger wurden vor allem Geräte der Unterhaltungselektronik (-5,9 %) sowie Telefone (-5,6 %).

Dienstleistungen insgesamt waren im März 2019 um 1,2 % teurer als im Vorjahresmonat. Bedeutsam für die Preisentwicklung der Dienstleistungen war die Preiserhöhung bei Nettokaltmieten (+1,4 %), da private Haushalte einen großen Teil ihrer Konsumausgaben dafür aufwenden. Deutlich stärker verteuerten sich zum Beispiel Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (+4,6 %), Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (+4,1 %) sowie Gaststättendienstleistungen (+2,4 %). Günstiger wurden insbesondere Pauschalreisen (-6,4 %).

Redaktion : Thorsten Mattick, Landesgruppenreferent